



B UNDESVERBAND **B** ERUFLICHER **N** ATURSCHUTZ e.V.

BBN • Konstantinstr. 110 • D-53179 Bonn

Konstantinstraße 110
D-53179 Bonn
Tel. 0228 – 8491 3244
Fax 0228 – 8491 9999

An den
Vorsitzenden der Umweltministerkonferenz UMK
Minister Dr. Hermann Onko Aeikens
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt des
Landes Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Straße 4
39108 Magdeburg

mail@bbn-online.de
www.bbn-online.de

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto 030 000 301

Amtsgericht Bonn, VR 3107
Steuer-Nr. 206/5853/0281

Verteiler

Bundesminister Dr. Norbert Röttgen
Die Fraktionsvorsitzenden der fünf Bundestagsfraktionen

Nachrichtlich:

MDgt Hans-Joachim Schreiber, Vorsitzender der LANA

16. November 2011

Sehr geehrter Herr Minister,

mit Befremden haben wir von dem beiliegenden Schreiben einschließlich Anlage des hessischen Wirtschaftsministers Kenntnis erhalten. Uns ist nicht bekannt, ob diese Angelegenheit innerhalb der Landesregierung Hessens abgestimmt ist bzw. insgesamt von dieser mitgetragen wird. Diese Beschlussvorlage des hessischen Wirtschaftsministeriums und sofern abgestimmt der Landesregierung bewirkt bei uns jedoch Besorgnis. Sie steht nach unserer Auffassung im Widerspruch zu den Beschlüssen der letzten UMK und den hierzu erteilten Arbeitsaufträgen an die LANA.

Aus Sicht des Berufsfeldes des Naturschutzes, das wir als Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e. V. mit unseren Mitgliedern und Mitgliedsverbänden vertreten, ist dieser Antrag ein Affront gegen alle konstruktiven Bemühungen zur Konsolidierung des operativen Naturschutzes nach der Neufassung des BNatSchG. Der Antrag des hessischen Wirtschaftsministers steht im Gegensatz zu den konstruktiven Anstrengungen der Länder, ihrer Naturschutzverwaltungen und der vielen Naturschutzfachleute. Aus diesem Grunde möchten wir Sie höflich aber eindringlich ersuchen, dieser konfrontativen Linie des hessischen Wirtschaftsministers zu den aktuellen umweltpolitischen Herausforderungen zur Sicherung der biologischen Vielfalt, der Wasserpolitik und der Klimaanpassungsstrategie entgegenzutreten.

BBN Mitgliedsverbände

Arbeitsgemeinschaft der amtlichen Fachreferenten für Naturschutz und Landschaftspflege in Bayern e.V. (**AgN**), Berufsverband der Ökologen Bayerns e.V. (**BVÖB**), Berufsvertretung Deutscher Biologen e.V. (**BDBiol**), Berufsverband der Landschaftsökologen Baden-Württemberg e.V. (**BVDL**), Hessische Vereinigung für Naturschutz und Landschaftspflege e.V. (**HVNL**), Naturschutzforum Thüringen e.V. (**NFT**), Saarländischer Berufsverband der Landschaftsökologinnen und -ökologen e.V. (**SBdL**), Verband Selbständiger Ökologen e.V. (**VSÖ**), Vereinigung Hessischer Ökologen und Ökologinnen e.V. (**VHÖ**)

Die aus der Beschlussvorlage des hessischen Wirtschaftsministers für den Bundesrat sich ergebenden Tatbestände sind teilweise unsachlich und weitgehend unzutreffend. Vor allem jedoch sind sie operativ nicht umsetzbar. Der allgemeine Grundsatz der Eingriffsregelung nach § 13 BNatSchG würde schwer verletzt, sodass die gewünschten Regelungen auch rechtlich nicht umsetzungsfähig wären. Die Vorschläge sind zudem kontraproduktiv, da eine konsistente und integrative Handhabung der Eingriffsregelung, der Artenschutzbestimmungen und des Flächen- und Gebietsschutzes nicht mehr möglich wären und der Vollzug dadurch nach Ansicht unserer Fachleute sogar erschwert würde.

Die Vorschläge münden u. E. in einer Aushöhlung des Verursacherprinzips unter Förderung partikularer wirtschaftlicher Interessen und führen zu einer Belastung der staatlichen Institutionen der Länder und der Kommunen. Die Vorschriften würden zu personell starker Belastung führen und entsprechende Personalforderungen vor allem bei den unteren Naturschutzbehörden und anderen Institutionen des Naturschutzes auslösen.

Wir halten den Antrag für ein Vorgehen, das die aktuellen und einvernehmlich angewandten Naturschutzstandards missachtet und eine negative Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem aber die Natur einleiten würde. Wir werden deshalb unsere Mitglieder im BBN, den angeschlossenen Berufs- und Naturschutzverbänden und politische Vertreter im Bundestag und den Landtagen über diese Entwicklung informieren.

Deshalb möchten wir Sie noch einmal eindringlich bitten, der Initiative des hessischen Wirtschaftsministers deutlich entgegenzutreten und dem Bundesrat die Beschlüsse der UMK und ihrer Gremien zu dieser Frage zur Kenntnis zu geben, wenn dieser Antrag behandelt werden sollte. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie uns die Beschlüsse der UMK/LANA zu dieser Frage darstellen könnten.

Durchschriften dieses Schreibens werden an den Bundesumweltminister und die Fraktionen des Deutschen Bundestages geleitet.

Mit freundlichen Grüßen



(Heinz-Werner Persiel)
Vorsitzender

Anlagen